

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. Juli 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 80.

An die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker!

Kollegen! Die bedauerliche Handlungsweise der Rotationsdrucker in der Druckerei des „Lokalanzeiger“ in Berlin und die dagegen seitens der Tarifinstanzen ergriffenen notwendigen Maßnahmen haben, speziell an letzterem Orte, einigen Mitgliedern die gewünschte Handhabe geboten, ihre Abneigung gegen den Tarifvertrag und die durch denselben geschaffene gewerbliche Ordnung in einer Weise zum Ausdruck zu bringen, die ebenso sehr gegen die guten Sitten wie gegen das Verbandsinteresse verstößt.

Die Versammlungen in Berlin dienen trotz aller wohlmeinenden Bemühungen des Gauvorstandes nicht mehr der gegenseitigen Aufklärung, sondern lediglich der Beschimpfung der Personen, welche durch das Vertrauen der Gesamtheit berufen sind, die Beschlüsse der Generalversammlung auszuführen und der von letzterer gegebenen Richtschnur Geltung zu verschaffen.

Durch Herabwürdigung dieser Vertrauenspersonen des Gesamtverbandes sucht man das gesteckte Ziel, einen neuen Kurs herbeizuführen, zu erreichen, indem man die Amtsniederlegung derselben erzwingen will, um dann Vertreter einer der bisherigen entgegengesetzten Verbandspolitik ans Ruder zu bringen. Daß diese Tätigkeit mit den Beschlüssen der Generalversammlung nicht in Einklang zu bringen ist, ist selbstverständlich, und charakterisiert sich daher diese fortgesetzte Beschimpfung und Herabwürdigung der Mitglieder des Verbandsvorstandes und des Tarifamts als eine Tätigkeit, die eine schwere Schädigung der Verbandsinteressen darstellt. Die systematische Untergrabung des Vertrauens zu diesen Funktionären muß organisationschädigend wirken; sie bietet daher ohne weiteres dem Vorstande die Handhabe, auf Grund des Statuts mit dem Ausschlusse vorzugehen. Wenn von diesem äußersten Schritte noch Abstand genommen wurde, so lediglich deshalb, um ihn nicht ohne vorhergehende Warnung zu unternehmen. Der Vorstand will jedoch keinen Zweifel darüber lassen, daß wenn die betreffenden Mitglieder ihre die Verbandstaktik untergrabende und ehrabschneiderische Tätigkeit gegen die Verbands- und Tariffunktionäre fortsetzen sollten, rücksichtslos gegen sie vorgegangen wird. Ihnen gegenüber sei noch besonders bemerkt, daß sie ihr Ziel mit den angewandten Mitteln unter keinen Umständen erreichen werden. Die Vertreter in den Zentralinstanzen betrachten es als ihre Ehrenpflicht, gerade jetzt auf ihrem Posten auszuharren, um die Beschlüsse der Generalversammlung zur Durchführung zu bringen, und die Ziele, die den Verband groß gemacht und auf dem Gebiete der Tarifgemeinschaft bahnbrechend für die gesamte Arbeiterschaft gewesen sind, mit aller Energie weiter zu verfolgen.

Der große Teil der Verbandsmitglieder, welcher noch nicht begriffen hat, wohin der Weg führen muß, den jene Organisationschädiger beschreiten wollen, möge sich vor Augen halten, daß wir in wenigen Wochen vor neuen Tarifberatungen stehen, und daß die Kosten der Tätigkeit der radikalen Phrasenre die große Masse bezahlen muß, wenn sie nicht den Beweis liefert, daß der Verband gewillt und fähig ist, seine Vertragsfähigkeit und Vertragstreue zu beweisen.

Darum fort mit allen Quertreibereien und Einigkeit in dem Bestreben, das Errungene zu fördern und zu befestigen!

Berlin, den 14. Juli 1911.

Der Verbandsvorstand:

Döblin. Graßmann. Eifler. Glaser. Beuermann. Düjon. Hoyer. Wenzel. Wönitzki.

Die Gewerkschaftspresse

über die Vorgänge in Berlin und die Stellungnahme der Gauvorsteherkonferenz dazu.

Die bis zum 15. Juli erschienenen Verbandsorgane freigewerkschaftlicher Richtung sind von uns eingehend durchgesehen und die Stimmen über die tief bedauerlichen Vorkommnisse gesammelt worden. Zweifellos interessiert es unsere Kollegen, wie in den anderen Gewerkschaften über die Angelegenheit geurteilt wird.

Wenn wir den Lesern des „Korr.“ nun aber mitteilen, daß verhältnismäßig wenige Gewerkschaftsblätter Stellung zu der Sache genommen haben, so darf das nicht falsch verstanden werden. Die Redaktionen der Gewerkschaftspresse sind nicht alle so unklug gewesen wie die „Holzarbeiterzeitung“, im ersten Momente gleich loszulegen, sondern sie waren erfahren genug — mit ganz wenigen Ausnahmen —, erst einmal abzuwarten, um als Fernerstehende einen besseren Einblick zu bekommen. Es ist ja auch in Betracht zu ziehen, daß die wöchentlich erscheinenden Gewerkschaftsblätter schon Anfang der Woche abschließen. In Dresden, auf dem Gewerkschaftskongresse, war dann Gelegenheit geboten zu freiem Meinungsaustausch, und da klärte sich so manches. Dann kam die Gauvorsteherkonferenz. Die hiernach eintretende Aufklärung mußte erst recht von einer Stellungnahme abhalten, die den gewerkschaftlichen Grundlagen zuwiderlaufen würde.

So hat denn die Gewerkschaftspresse durch weise Zurückhaltung der sozialdemokratischen ein Beispiel gegeben, das in der Tat der letzteren sehr zur Nachahmung zu empfehlen wäre. Jedenfalls wäre es doch weit eher Sache der Publikationsorgane der Gewerkschaften gewesen, Front dagegen zu machen, wenn gewerkschaftliche

Grundsätze durch das Verhalten der Verbands- und Tarifinstanzen gefährdet worden wären. Die Gewerkschaftspresse sah dazu aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Veranlassung als vorliegend an. Diese passive Stellungnahme setzt die Heißspornigen, sich in erster Linie — oder gar allein? — zur richtigen Interessenvertretung der Arbeiter berufen fühlenden sozialdemokratischen Blätter nur noch mehr ins Unrecht. Auf dieser Seite das herrliche Begehren: Jawohl, wir haben ein Recht darauf, „im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung“ — auf alle gewerkschaftliche Taktik zu pfeifen, auf bestehende Schwierigkeiten keine Rücksicht zu nehmen; auf Seiten der Gewerkschaften hingegen eine verständnisvolle Würdigung der Vorgänge im Zusammenhang und der Situation im allgemeinen sowie eine gebotene Reserve inneren Schwierigkeiten gegenüber. Mit welchem Standpunkte der Arbeiterschaft mehr genügt ist, braucht wohl nicht besonders gesagt zu werden.

Un verständigten hat eigentlich der „Grundstein“, das Organ des Bauarbeiterverbandes, in einem besonderen Artikel den Berliner Konflikt behandelt. Wir geben hier nur die Hauptstellen wieder:

In einem Teile der Parteipresse — auch in der „Holzarbeiterzeitung“ — wurde das Tarifamt heftig kritisiert, insbesondere weil es in seinem Spruche die von der Firma gar nicht verlangte Maßregelung von zwei Maschinenmeistern ausgesprochen habe. Wir können uns dieser Kritik nicht anschließen. Zwar halten wir den Spruch des Tarifamts, wie wir weiter oben schon bemerkt haben, für insofern unangenehm und insofern ungerecht, als darunter zwei für alle andern Schuldigen hitzen sollten; da aber das Tarifamt nicht einmal gegen diese Weiben die ganze Strenge der tariflichen Befugnisse, den Ausschluß aus der Tarifgemeinschaft, angewandt hat, so können wir die Vorwürfe

als berechtigt nicht anerkennen, um so weniger, als sich die erst vor einigen Wochen stattgefundene Generalversammlung des Buchdruckerverbandes einstimmig sehr scharf gegen die Nichtanerkennung eines tarifamtlichen Urteils ausgesprochen und von den Mitgliedern unter allen Umständen die vollste Anerkennung der tariflichen Institutionen und ihrer Rechtsprechung verlangt hat. Wenn sich eine demokratische Organisation selbst Gesetze gibt, dann müssen die Mitglieder dieser Organisation diese Gesetze auch halten, und wenn man, wie wir, von den Unternehmern die Einhaltung der Tarife fordert und Tarifbrüche verurteilt, dann kann man den Arbeitern gegenüber unmöglich das Gegenteil rechtfertigen. Mag man immerhin zugeben, daß die Solidarität der 37 Maschinenmeister mit den eigentlich für sie gemäßregelten Kollegen ein schöner proletarischer Zug war, so wird man doch sagen müssen, daß sich diese Solidarität sehr gut auf andre Weise üben lassen, nämlich so, daß nicht die Organisation dabei den schwersten Schaden erleiden mußte. Die Arbeitsniederlegung der Maschinenmeister war aber ebenso ein Verstoß gegen die Organisationsbeschlüsse wie gegen den Tarifvertrag, und wenn der Vorstand des Buchdruckerverbandes die disziplinlosen Maschinenmeister aus der Organisation ausschloß, so handelte er nur nach dem Beschlusse der bereits angezogenen Buchdruckergeneralversammlung, die aussprach, daß der Verbandsvorstand gegen Mitglieder, die sich Verstöße gegen den Tarif und Tarifamtsurteile zuschulden kommen lassen, nach den statutarischen Bestimmungen vorzugehen habe. Wir nehmen an, daß die Buchdruckergeneralversammlung diesen Beschluß nicht gefaßt hätte, wenn der Buchdruckerarif nicht auch von den Unternehmern gehalten würde,

Korrespondenzen.

Gr. Düsseldorf. Unsere am 8. Juli stattgehabte Monatsversammlung war von 231 Kollegen besucht, welche Zahl in bezug auf den üblichen Besuch als gut zu bezeichnen ist, aber nicht im Verhältnis zur Stärke unsres Ortsvereins steht. Die Veranlassung zu dem besseren Besuche war jedenfalls der Punkt 3 unserer Tagesordnung: „Die Vorkommnisse in Berlin und die Gauvorsteherkonferenz“. Als Referent hierfür war Kollege Albrecht (Röln) vorgelesen, doch war dieser durch anderweitige Inanspruchnahme am Erscheinen verhindert. Auf Beschluss der Versammlung wurde unser Vorsitzender Born ersucht, eine Schilderung der Berliner Verhältnisse zu geben, damit die Versammlung Gelegenheit hätte, in der Diskussion ihre Meinung hierüber zum Ausdruck zu bringen. Redner sprach dann über die Bedeutung unsres Tarifvertrags und wies darauf hin, daß erst infolge unsrer Stärke ein derartiger Vertrag mit unserm Kontrahenten geschlossen werden konnte und daß auf Grund dieses Erfolges unsre Organisation sich zu der Höhe hinaufgeschwungen habe, auf der sie heute stehe. Redner kam dann auf die Berliner Verhältnisse im allgemeinen zu sprechen, die ja auch schon unsre Verbandsgeneralversammlung in Hannover beschäftigt hätten, die dem Verbandsvorstande Maßnahmen an die Hand gab, um bei Wiederholung derartiger Fälle unbedingt eingreifen zu können, was nunmehr auch geschehen sei. Unzweifelhaft hätten sich die betreffenden Berliner Kollegen durch ihr Vorgehen nicht mehr im Rahmen unsrer Organisation bewegt und könnte der Verbandsvorstand zu keiner anderen Entscheidung kommen. Daß diese richtig gewesen sei, beweise die Resolution der Gauvorsteherkonferenz. Auch das Tarifamt konnte nach Lage der Sache zu keinem anderen Entscheide gelangen. In der sich hieran anschließenden Diskussion waren sich die meisten Redner darüber einig, daß die betreffenden Berliner Kollegen einen verurteilenswerten Fehler begangen hätten. Es herrschte aber auch die Meinung, daß diese unangenehme Sache nicht vom Zaune gebrochen, sondern eine gewisse Vorgeschichte habe. Wäre es doch nicht das erste Mal, daß bei der Firma Scherl derartige Vorkommnisse zu verzeichnen seien, nur sei unter den heutigen tariflichen Verhältnissen die Beurteilung eine andre als wie früher. Auch konnte man sich mit der Disqualifizierung der Vertrauensleute seitens des Tarifamts nicht einverstanden erklären. Deshalb sei es zweifelhaft, ob das Tarifamt in dieser Angelegenheit die richtige Entscheidung getroffen habe. Kollege Born wies in seinem Schlusswort besonders darauf hin, daß wir als Verbandsmitglieder uns unbedingt der höchsten Instanz, unsrer Generalversammlung, zu fügen hätten. Durch Nichtachtung der Beschlüsse würden wir kund tun, daß wir nicht gewillt seien, im Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten. Es könne nur ein gegenwärtiger Vorstoß als ehrliche Tarifkontrahenten uns an die vertraglich bestimmten Bestimmungen, oder wir müßten sonst die ganze Tarifgemeinschaft über Bord werfen. Wer das wünsche, habe eben die wirtschaftlichen Verhältnisse, in der Jetztzeit total verkannt. Wenn bei unsrer nächsten Tarifrevision das Ergebnis nicht so ausfallen sollte, wie es von der Schiffenschaft erwartet werde, so seien hieran die jüngsten Vorkommnisse in Berlin mit schuld. Unter „Mitteilungen des Vorstandes“ wies der Vorsitzende darauf hin, daß am 30. und 31. Juli unsrer Gewerkschaftsausflug stattfindet und er erbotete die Kollegenschaft auf, sich zahlreich daran zu beteiligen. Da infolge Erhöhung des Steuerbetrages der Gaubeitrag sich vom 8. Juli ab um 5 Pf. erhöht, so wurde beschlossen, diese Mehrkosten bis zu unsrer Generalversammlung aus der Ortskasse zu decken. Auch wurde auf eine hier im September stattfindende Ausstellung vom Buchgewerbe in Leipzig hingewiesen. Für den Bericht der Ortskasse, der gedruckt vorlag, wurde einstimmig Entlastung erteilt. Eingangs der Versammlung erfolgten verschiedene Neuaufnahmen, während vier Kollegen ausgeschlossen werden mußten. Mitteilungen des Vorsitzenden beschloffen die sehr interessante Versammlung.

Mz. Gierfeld. Ein gutbesuchtes Haus wies unsre letzte Versammlung vom 8. Juli auf. 153 Kollegen hatten sich eingefunden, um die Berichterstattung vom Gewerkschaftskongress und von der Gauvorsteherkonferenz entgegenzunehmen. Unser Gauvorsteher G. Albrecht (Röln), dem die Berichterstattung oblag, entlegte sich seiner Aufgabe in eineinhalbständiger Vortrage. Bei dem Bericht über den Gewerkschaftskongress geisterte er besonders den Vorentwurf zum Strafgesetz und die Gefährdung des Koalitionsrechts. Weiter zeichnete er das traffe Elend der Heimarbeiter. Zu der Gauvorsteherkonferenz übergab er, rollte der Referent den Werdegang des Berliner Konflikts auf. Er verurteilte das Vorgehen der Berliner Maschinenmeister, insbesondere hätten die wiederholten Kontaktsbrüche sowie die Anbringung von Klagen beim Tarifschlichtergericht in den kleinlichen Sachen die Verhältnisse ungünstig beeinflusst. Nach genauer Kenntnis der Sachlage sei das Urteil betreffs der beiden Vertrauensleute wohl zu verstehen. Das Resultat der Konferenz sei die im „Korr.“ abgedruckte Resolution, die er, der Referent, bis zum äußersten vertrete, denn sie fördere die Interessen der Gesamtheit, und das Interesse der Gesamtheit gehe über das der Einzelnen. Die nun einsetzende Diskussion war teilweise recht stürmisch. Allgemein war die Ansicht vorherrschend, daß das Tarifamt nicht die berufenen Stelle sei, über die Qualifikation der Vertrauensleute zu urteilen, dieses sei lediglich Sache der betreffenden Personale. Ferner erhielt die Haltung des „Korr.“ von den verschiedensten Rednern eine scharfe Vorlesung. Es wurde empfohlen, die Resolution der Gau-

vorsteher abzulehnen. Gauvorsteher Albrecht wies in seinem Schlusswort die Angriffe auf den Zentralvorstand und „Korr.“ zurück, wurde aber wiederholt stürmisch unterbrochen. Von der Annahme einer Resolution wie überhaupt zu einer Stellungnahme zu dieser Angelegenheit wurde nach längerer Geschäftsordnungsdebatte Abstand genommen. Zu erwähnen ist noch, daß in der Versammlung zehn Kollegen ausgenommen wurden. (Wenn nach alter Erfahrung der erste Eindruck der beste sein soll, hätte man vielleicht wünschen können, die Ausnahmen wären selber oder später erfolgt.)

Ginshorn. Die am 8. Juli abgehaltene Versammlung war von den Kollegen vollständig besucht, außerdem nahmen noch vier Kollegen aus Itterfen sowie der Gehilfenvertreter des zehnten Tarifkreises, Kollege Dreier (Hannburg), an der Versammlung teil. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Besprechung der Berliner Vorgänge, womit eine Berichterstattung von der stattgehabten Gauvorsteherkonferenz verbunden war. An Stelle des verhinderten Gauvorstehers Prütter (Riel) hatte Kollege Dreier zu diesem Punkt in entgegenkommender Weise das Referat übernommen. Eingehend wurden die Berliner Vorgänge vom Referenten geschildert und verbreitete er sich dann über die Stellungnahme der Gauvorsteherkonferenz hierzu, in seinen Ausführungen den Standpunkt vertretend, daß der Disziplin- und Tarifbruch unter allen Umständen zu verurteilen sei. Nachdem in der Diskussion noch mehrere Anfragen zur Zufriedenheit beantwortet waren, stimmte die Versammlung der von der Gauvorsteherkonferenz gefassten Resolution einstimmig zu. Nachdem der Vorsitzende nach von den Kollegen aufgefordert, sich in Anbetracht der ersten Zeit, der wir entgegengehen, immer enger zusammenzuschließen, statete er im Namen der Versammlung dem Referenten für seine klaren Ausführungen den Dank ab. Die übrigen Punkte der Tagesordnung sind für die Allgemeinheit weniger von Interesse.

Ginsb. Am 17. Juli beging unser Kollege Böhme sein 40jähriges Geschäfts- sowie sein 40jähriges Berufsjubiläum in körperlicher und geistiger Frische. Auch konnte der Jubilar an diesem Tage auf eine 35jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. Trotz wiederholter schwerer Schicksalsschläge hat er immer treu zur Fahne gehalten. Alle Kollegen, die im Laufe der Jahre mit dem Jubilar in Verbindung gekommen sind, werden sich dieses treuen, braven Kollegen, der jedem Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stand, gern erinnern. Wöge der Jubilar noch viele Jahre im Kreise seiner Kollegen tätig und glücklich sein! In diesem Sinne wurde der Jubilar in Verbindung gekommen sind, werden sich dieses treuen, braven Kollegen, der jedem Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stand, gern erinnern. Wöge der Jubilar noch viele Jahre im Kreise seiner Kollegen tätig und glücklich sein!

e. Gau Osterland-Züringen. Eine Bezirksvorsteherkonferenz tagte am 9. Juli in Weimar. An ihr nahmen teil der Gauvorstand und die Vorsitzenden der acht Bezirke des Gaues. Gauvorsteher Prox erstattete eingehenden Bericht über die letzte Gauvorsteherkonferenz. In ausführlicher Weise vertrat er sich über die dort ergangenen Erweiterungen wegen des Kontaktsbruchs der Rotationsmaschinenmeister der Firma Scherl. Die sich hieran knüpfende Debatte bewegte sich im wesentlichen im Sinne der Resolution der Gauvorsteherkonferenz, der schließlich mit sechs gegen zwei Stimmen einstimmig wurde. Zur Frage der Handwerksparte erklärte sich die Konferenz mit dem Votum der Gauvorsteher einverstanden. Wegen Besetzung des Gauvorsteherpostens handelte die Konferenz nach der Willenserklärung des letzten Gantags, wonach diese Angelegenheit einer Bezirksvorsteherkonferenz zur endgültigen Regelung überwiehen wurde. Da Kollege Prox sich zur Weiterführung der Gauvorstehergeschäfte bereit erklärt hatte, auch weitere Vorschläge des Vororts nicht vorlagen, erklärte sich die Konferenz für kompetent, die Wahl sofort vorzunehmen. Kollege Prox wurde hierauf einstimmig gewählt. Die Kommentierung des Gauvorstandes zum Beschlusse der Generalversammlung der Gauwitwen- und Waisenkasse betreffs Erhöhung der Leistungen fand Zustimmung. Danach findet die erweiterte Karez auf die Gränder der Kasse keine Anwendung, d. h. diese bzw. deren Hinterbliebene treten bereits nach 15jähriger Beitragszahlung in den Genuß der Erhöhung. Auf die während der Anwesenheit der Kasse beigetretene findet die vorgenannte Vergünstigung keine Anwendung, sie haben vielmehr gleich den übrigen Mitgliedern erst nach 20jähriger Beitragsleistung Anspruch auf die erhöhte Rente, wie diese selbst keine rückwirkende Kraft hat. Die in Aussicht genommene Neueinteilung der Bezirke des Gaues wurde für noch nicht spruchreif gehalten, deren endgültige Regelung soll aber bis zum Gantage 1914 erfolgen. Eine große Anzahl weiterer zur Beratung gestellter organisatorischer und tariflicher Fragen war zumest interner Natur. Die Verhandlungen dauerten von vormittags 10 bis abends 6 Uhr.

d. Gau Rheinland-Besifen. Die am 9. Juli in Köln abgehaltene Bezirksvorsteherkonferenz war von sämtlichen Bezirksvorstehern des Gaues besucht. Zu der Hauptfrage galt es, die Berichterstattung von der Gauvorsteherkonferenz in Berlin entgegenzunehmen, und dann waren vom letzten Gantage nicht erledigte Sachen aufzuarbeiten. Gauvorsteher Albrecht entwickelte zunächst in längerer Ausführungen ein Bild von den Berliner Vorgängen, wie es den Gauvorstehern auf ihrer Konferenz sich dargestellt hat. In der Diskussion beteiligten sich fast alle Bezirksvertreter, die sich am Schlusse der Aussprache einmütig auf den Standpunkt der Resolution der Gauvorsteherkonferenz stellten. Eine Gelegenheit, die auf dem letzten Gantage keine Erledigung fand, war u. a. die dort beantragte Bildung eines neuen Bezirks Wesel. Die Konferenz erhob den Antrag zum Beschlusse mit der Maßgabe, daß der neue Bezirk Wesel am 1. Oktober d. J. in Wirksamkeit tritt. Die zu diesem

Zwecke nötige Verschiebung der Druckorte in den Grenzbezirken wurde ebenfalls zur Zufriedenheit aller Beteiligten erledigt. Nach Besprechung einiger die Allgemeinheit nicht interessierender Angelegenheiten fand die von edel kollegialen Geiste getragene Konferenz abends nach 7 Uhr ihr Ende.

Greiz. Unser Johannisfest, das wir am 9. Juli seit langer Zeit wieder einmal in größerem Stile (durch Konzert und Ball) feierten, war diesmal der würdige Rahmen für eine intimere Feyer. Galt es doch gleichzeitig der Ernung dreier Jubiläre, und zwar der Kollegen Ludwig und Mendel zu ihrer 25jährigen Verbandszugehörigkeit und des Kollegen Erbmann, der in diesem Jahr auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken konnte. Unser Gauvorsteher Stoy (Chemnitz), der neben einer Anzahl Kollegen aus Reichenbach, Plauen, Weiden und Gera als Gast erschienen war, beglückwünschte die drei Kollegen in einer gefalteten Ansprache und überreichte den beiden Verbandsjubilaren namens des Gaues Erzgebirge-Vogtland je ein Diplom, während der Ortsverein durch seinen Vorsitzenden Beyer den drei Jubilären hübsche Geschenke übermitteln ließ. Dankesworte seitens der Bezirke klangen zum Preise des Verbandes aus, denn auch ein stimmungsvolles Festlich galt. Die Feyer verlief in hochdruckvoller Gemütslichkeit und in schönster Harmonie.

Schönb. A. N. Unsere letzte Mitgliederversammlung vom 1. Juli hatte sich trotz der sehr wichtigen Tagesordnung eines leider nur minimalen Besuchs zu erfreuen. Den Hauptgegenstand bildete die Berichterstattung von der Generalversammlung der württembergischen Fassen und dem Gantag. Über ersteren Punkt referierte Kollege Metter in ausführlicher Weise, während Kollege Günther die Verhandlungen und Beschlüsse der Gauversammlung den Anwesenden vor Augen führte. In der anschließenden Diskussion wurde besonders kritisiert, daß bei der Invalidenzufuhrkasse einesorts tatsächlich Geld verdrängt worden sei, während anderseits eine Beitragserhöhung für diesen Zweck zur Einführung gelangte. Da man jedoch von einer beschlossenen Tatsache siehe, so müsse man sich eben wohl oder übel fügen. Mit den übrigen Beschlüssen waren die Anwesenden allgemein einverstanden. Gewerkschaftsbericht und sonstige lokale Angelegenheiten füllten die noch zu Gebote stehende Zeit aus.

J. Rostau. Einen äußerst angenehmen und zum Teil die Gemüter erregenden Verlauf nahm die am 8. Juli in der „Germania“ stattgehabte Versammlung. Der Besuch war leider wieder nur mittelmäßig, trotz der wichtigen Tagesordnung. Über die „Berliner Vorgänge“ war die Versammlung geteilter Meinung und wurde mit Rücksicht darauf, da der Spruch der Gauvorsteherkonferenz infolge Ausbleibens des „Korr.“ noch nicht in unsern Händen war, von einer definitiven Stellungnahme Abstand genommen. Das Johannisfest, verbunden mit Stiftung von drei Jubilären, anlässlich ihrer 25jährigen Verbandszugehörigkeit, soll am 22. Juli bei schöner Witterung in Gestalt eines Gartenfestes im „Zwischenraum“, bei schlechter Witterung in der „Germania“ abgehalten werden. Bei der Sitzung hier abgehaltenen Krankentafelmannahl war auch ein Kollege auf dem christlichen Stimmzettel zu finden, was die Versammlung auf das entschiedenste verurteilte. Der betreffende Kollege erklärte, daß er ohne Wissen und Willen auf die Liste kam. Die Gründung eines Typographischen Klubs soll demnächst in die Wege geleitet werden.

Leipzig. Die am 7. Juli stattgehabte Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs, galt es doch, den Bericht der Gauvorsteherkonferenz entgegenzunehmen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung unter dem Hinweis, daß der Zentralvorstand durch die Vorkommnisse in Berlin sich gezwungen gesehen habe, eine Gauvorsteherkonferenz einzuberufen, um eine Klärung herbeizuführen. Leipzig sei diesmal durch zwei Delegierte vertreten gewesen, gemäß dem Beschlusse der Generalversammlung. Hesselbarth referierte in eingehender Weise über die Kontaktsbrüche der Rotationsmaschinenmeister bei der Firma Scherl. Er schilderte die Vorgänge, die sich bereits vor der Generalversammlung des Verbandes in Berlin abgespielt, weshalb auch die scharfe Resolution in bezug auf Kontaktsbrüche in Hannover gefaßt wurde. Dessun ungeachtet setzten sich die Rotationsmeister über diesen Beschluß hinweg und provozierten einen neuen Kontaktsbruch. Das Tarifamt habe diese Kollegen schon verschiedene Male verurteilen müssen, worauf sie erklärten, sie fügten sich nicht. Die Grundzüge der Organisation waren für sie nicht maßgebend. Das gehe besonders dralisch aus ihren Äußerungen hervor: „Wir pfeifen auf den Verband und auf die Tarifgemeinschaft“. Einige Parteizeutungen verdröhten den Sachverhalt, da es wieder einmal etwas gegen die Buchdruckerorganisation auszufallen gelte. Das Tarifamt fällte ein Urteil dahingehend, daß es den Vertrauensleuten das Recht absprach, einen derartigen Posten bekleiden zu können, weil die übrigen Kollegen erst durch sie zum Kontaktsbruch verurteilt worden wären, und weil das in einer Sache gefällte Urteil nicht respektiert worden ist. Redner führte weiter aus: Der Zentralvorstand wäre gezwungen gewesen, den auf der Generalversammlung gefassten Beschluß betreffs Kontaktsbruchs in Anwendung zu bringen und mußte den Ausschluß über diese Kollegen verhängen. Die Gauvorsteherkonferenz konnte sich nach eingehender Erörterung dieses Falles nur dem Beschlusse des Zentralvorstandes anschließen. (Während des Referats herrschte verächtlich große Ironie und ungehörige Zwischenrufe fielen, so daß sich der Vorsitzende Engelbrecht veranlaßt sah, die Kollegen aufzufordern, dasitz zu sorgen,

daß die Schreier, von denen die meisten noch keinen Finger für die Organisation krümmen gemacht hätten, nicht die Oberhand gewinnen.) Der Referent ersuchte zum Schluß die Versammlung, der Resolution der Gauvorsteher ihre Zustimmung zu geben. Engelbrecht erklärte, vom menschlichen Standpunkt aus könne man Mitgefühl und Solidarität für die Scherl'schen Kollegen empfinden, aber im Hinblick auf die bei Scherl vorgekommenen Konflikte habe sich die Generalversammlung veranlaßt gesehen, den Beschluß der Ausschlussandrohung zu fassen. Die Parteipresse, die gegen den Vorstand Stellung genommen habe, erklärte selbst, daß sie keine Ursache habe, sich auf die Seite der Maschinenmeister zu stellen. Die von dieser Klasse ausgeübte Solidarität wäre besser für die Allgemeinheit aufgepaßt geblieben. Er verlange von den sozialdemokratischen Blättern nichts weiter, als daß sie den Verband anständig behandeln und Rede und Gegenrede gewähren. (Siehe: Das Solidaritätsgefühl komme in Konflikt mit dem Tarifgemeinschaftsgebot.) Die verlangte Disziplin arte zur Kasernenhoßdisziplin aus. Der „Korr.“ habe kein objektives Bild über die Vorgänge gebracht, auch seien die Flugblätter jener Kollegen nicht mitgeteilt worden. Durch die Parteipresse habe man erst näheres erfahren. Die Firma Scherl habe durch ihre Unordnung in bezug der Arbeitszeit nur Vorteile für sich herausgeholt. Das Tarifamt habe kein Recht, Vertrauensleute zu disqualifizieren, das sei Sache der Kollegen. Der Tarifgemeinschaftsgebot habe eine Überpannung erfahren. Inbegriff sei es, daß die Gehilfenvertreter noch nicht ihren Posten niedergelegt haben, sie müßten eine Minorerhöhung haben. Solche Mamelucken der Unternehmer müßten hinweggefegt werden. (Der Vorsitzende erteilte dem Redner einen Ordnungsruf.) Gräbner verurteilte die Handlungsweise der Vertrauensleute, die nicht einwandfrei gehandelt hätten. Wenn sich dieser Fall in Leipzig abgepielt hätte, stände die Leipziger Kollegen auf anderem Standpunkte. Die Disziplinbrüche seien in der Partei wie in andern Gewerkschaften verurteilt worden. Die Großmannsjucht des Rundflubs sei an diesem Konflikt schuld. Junge: Der Hauptpunkt wäre für die Kollegen der, daß die Vertrauensleute durch das Tarifamt demüdigert worden wären. Beschmidt: Die Handlungsweise verwerfe er vollständig. Das Urteil über die Vertrauensleute habe erst die Explosion hervorgerufen. Hufschild fragte an, ob die Gehilfenvertreter bei dem Abschluß des Organisationsvertrags Hausmeisterdienste der Kollegen gegen Kollegen mit zugestanden hätten. Bei derartigen Konflikten hätten die Kollegen anderer Druckereien Bewehr bei Fuß zu stehen. Engelbrecht gab hierüber den gewünschten Aufschluß, daß an solche Eventualitäten natürlich nicht zu denken gewesen wäre. Bruchardt erklärte sich mit dem Vorgehen der Berliner Kollegen der Firma Scherl nicht einverstanden. Unsere Vertreter im Tarifamt hätten aber Arbeiter- und keine Prinzipalsinteressen vertreten. Das Prinzipalsorgan habe erklärt, daß bei derartigen Konflikten die Gehilfen anderer Firmen die vermeintliche Arbeit auszuführen hätten. Dies kennzeichne, wie die Tarifvertreter als Männer unsres Vertrauens gearbeitet hätten in diesem Falle. Man lege zu viel Wert auf die Festlegung der Tarifverträge, die nur einen Waffenstillstand bedeuteten. Die Gauvorsteherkonferenz habe in ihrer Resolution nicht das Richtige getroffen. Er empfehle der Versammlung folgende Resolution zur Annahme: „Die am 7. Juli im Volkshauss tagende Versammlung der Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergewerkschaften nimmt Kenntnis von den Beschüssen der Gauvorsteherkonferenz. Sie kann sich jedoch mit denselben nicht einverstanden erklären. Wohl steht auch sie fest auf dem Boden der durch die Hannoverische Generalversammlung festgelegten Verbandspolitik und muß aus diesen Erwägungen heraus jedweden Tarifbruch verurteilen. Sie empfindet aber die Haltung der Tarif- und Verbandsinstanzen als einen Bruch mit den bisherigen Anschauungen und Gespinntheiten der Interessenwahrung der Arbeiterschaft.“ Schulz empfahl die Annahme der Bruchardt'schen Resolution. Heß: Das Tarifamt sei zu weit gegangen, er würde nie ein Amt als Vertrauensmann daraufhin annehmen. Krahl führte die Möglichkeit des Organisationsvertrags gerade aus Anlaß dieses Konflikts der Versammlung vor Augen. Wenn hier der volle Schadenertrag nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung zur Einklagung gekommen wäre, so wären die Kontraktbrüchigen Maschinenmeister bei der Höhe ihrer Bezahlung auf lange Zeit der Lohnpändung unterworfen gewesen. Der „Korr.“ konnte unmöglich von dem Flugblatte der Unständigen in dem Sinne Notiz nehmen, um ihr Vorgehen zu entschuldigen; habe doch der Berliner Gauvorstand diese Darstellung als einfaßliches Bild im „Vorw.“ bezeichnet. Wenn gesagt würde, wäre die Disqualifikation der beiden Vertrauensleute nicht erfolgt, so wäre es nicht so weit gekommen, so müßte betont werden, daß doch schon am 8. Mai, wo an den angegriffenen Tarifamtsmitgliedern noch nicht zu denken gewesen, im Scherl'schen Rotationsbetrieb es zu einer Arbeitseinstellung von mehreren Stunden gekommen sei. Die Generalversammlung hätte aus diesem Anlasse ja eigentlich nur die scharfe Verwarnungsresolution gefaßt. Aber auf alles hätten die beteiligten Drucker geiffen, obwohl man mit ihnen äußerst subtil verfahren ist. So etwas sei noch nicht dagewesen. Die Zeitungverleger würden durch solche Vorwommisse förmlich zusammengeschmeißt. Selbst in Arbeiterkreisen urteile man anders über den Fall, als es hier zum Ausdruck komme. Redner beklagte noch das Berliner Milieu, verteidigte die Maßnahmen des Tarifamts, das durchaus nicht einseitig vorgehe, und der Verbandsleitung, wendete sich

gegen die Aufreizung unsrer Mitglieder seitens sozialdemokratischer Blätter, bezeichnete Bruchardt's Vorgehen als von einem Generalversammlungsbelegierten unbegreiflich und die von ihm eingeleitete Resolution als unlogisch, ermahnte zur Disziplin und schloß mit dem Appell, jedes richtige Verbandsmitglied müsse solche Vorgänge aufs entschiedenste verurteilen und sich auf die Seite der Verbandsleitung und der Gauvorsteherkonferenz stellen. Mlayru: Es handle sich hier um einen bewußten Tarifbruch und die Vertrauensleute hätten in diesem Falle nicht einwandfrei gehandelt. Wenn das Tarifamt den Vertrauensleuten tariflichen Schutz zubilligen solle, dann müsse man ihm auch das Recht zugestehen, sich über die Eigenschaften und Befähigung der zu schließenden Vertrauensleute ein Urteil zu bilden. Bei der Vertretung im Tarifamt würden die gegenseitigen Interessen paritätisch gewahrt, und die Art der Rechtsprechung des Tarifamts und die klare Begründung seiner Urteile hebe sich vorteilhaft ab von andern rechtspredenden Instanzen, besonders mancher Gewerbegerichte. Die Notation hätten sich den Beschüssen der Generalversammlung zu fügen, man solle doch nicht immer das gute Herz sprechen lassen. Er bat, die Resolution Bruchardt abzulehnen und die der Gauvorsteherkonferenz anzunehmen. Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, so daß weitere Redner nicht mehr zu Worte kamen. Hesselbarth erklärte sich im Schlußwort mit den gemachten Ausführungen Gräbners, Krahl's und Mlayru's einverstanden und stellte die Resolution Bruchardt in das rechte Licht. Bruchardt habe auf der Generalversammlung für die betreffende Resolution gestimmt und hier so, je nachdem die Situation gelagert sei. Würden die Kollegen Bruchardt's Resolution annehmen, so unterstützten sie dadurch den Tarifbruch; er bitte nochmals um Annahme der auf der Gauvorsteherkonferenz gefaßten Resolution. Engelbrecht ließ hierauf über die auf Wunsch nochmals verlesene Resolution Bruchardt's abstimmen. Nachdem das Resultat der ersten Abstimmung zweifelhaft geblieben war, wurde sie wiederholt mit dem Erfolge, daß die Resolution Bruchardt's Annahme fand. Der Vorsitzende Engelbrecht unterbreitete hierauf der Versammlung den Beschluß der Gauvorsteherkonferenz in der Handfegerpartenangelegenheit. Der Zentralvorstand halte an dem auf der Generalversammlung gefaßten Beschluß fest und sämtliche zuwiderhandelnde Mitglieder hätten die Konsequenzen zu ziehen. Die Aussprache hierzu war eine rege, da die Leipziger Handfegerpartenversammlungen sich stets in dem Rahmen des Beschlusses der Generalversammlung bewegt haben. Ein Redner bewaerte, daß die Leipziger Vertreter keinen Anlaß mit ihrem Antrage gefunden hätten und führte weiter aus, Kollege Döblin habe auf der Generalversammlung die Handfeger als das Rückgrat der Organisation hingestellt, was würde aber mit dem Rückgrate, wenn man ihm das Rückenmark unterbinde? Man hätte die Handfeger ruhig gewähren lassen sollen; wer Wind säe, werde Sturm ernten. Die Handfeger seien nunmehr gezwungen, ihre Interessen in den Gaumiitgliederversammlungen zu vertreten, ob das für die Allgemeinheit von Vorteil sei, werde die Folgezeit lehren. Wegen vorgerückter Stunde mußte der zweite Tagesordnungspunkt: Bericht über den achten deutschen Gewerkschaftskongreß, auf die nächste Versammlung verschoben werden.

s. Limburg (Lahn). Unsere Generalversammlung am 9. Juli hatte sich mit einer reichhaltigen Tagesordnung zu befassen. Dem Jahres- und Kasernenbericht ist zu entnehmen, daß sich der Ortsverein immer besser ausstatet, dank der eifrigen Agitation seines Vorstandes. Eine Erhöhung des Ortsbeitrags wurde abgelehnt, dagegen eine erhöhte Remuneration des Vorstandes bewilligt. Die Neuwahl des Vorstandes brachte insofern eine Änderung, als die Posten des zweiten Vorsitzenden und zweiten Schriftführers neu besetzt wurden, während die übrigen Ämter in der seitherigen Besetzung blieben. Ferner erfolgte die Wahl der Delegierten zur Herbstbezugsversammlung in Wiesbaden. Unser Johannisfest begehen wir am 23. Juli. Der Vorsitzende machte noch Mitteilung von der Gauvorsteherkonferenz und die Versammlung nahm darauf einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige Generalversammlung des Ortsvereins Limburg nimmt mit Verliebigung von den Beschüssen der Gauvorsteherkonferenz in Sachen der in Frage kommenden Berliner Rotationsmaschinenmeister Kenntnis. Die Versammlung verurteilt das Kontraktbrüchige Benehmen der betreffenden Kollegen aufs schärfste und drückt unsrer Verbandsleitung ihr volles Vertrauen aus.“

Wemel (Ostpr.). In der am 10. Juli abgehaltenen außerordentlichen Versammlung, die vollständig besucht war, erstattete Gauvorsteher Reiskner (Königsberg) Bericht über die Generalversammlung des Verbandes und im Anschlusse hieran den Bericht über die Gauvorsteherkonferenz. In einer einhelfstündigen Rede entlegte sich der Referent seiner Aufgabe. Es wurde ihm sowohl während des Vortrags als auch am Schlusse reicher und einmütiger Beifall zuteil. In der Diskussion erklärte man sich mit den Beschüssen der Generalversammlung einverstanden. Nach dem Bericht über die Gauvorsteherkonferenz wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute einberufene und vollständig besuchte Versammlung des Ortsvereins Wemel des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erklärt sich nach Anhörung des Vortrags über die Gauvorsteherkonferenz von Berlin, welche infolge Kontraktbruchs der Rotationsmaschinenmeister der Firma Scherl (Berlin) und der damit zusammenhängenden Vorwommisse einberufen worden war, mit der von der Gauvorsteherkonferenz gefaßten Resolution vollständig einverstanden und spricht

der gesamten Verbandsleitung für ihr Verhalten bei dieser Angelegenheit ihre volle Anerkennung aus.“ Nach der sehr anregenden und belehrenden Versammlung wurden noch einige Stunden der Kollegialität und der Gemütlichkeit gewidmet.

Neustadt i. Sa. In der am 8. Juli abgehaltenen Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins, in welcher die zur Tagesordnung anstehenden Punkte glatt erledigt wurden, gelangte auch der Berliner Konflikt zur Sprache. Nach längerer Debatte hierüber wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 8. Juli stattgehabte Monatsversammlung des Ortsvereins Neustadt i. Sa. bewaert die Berliner Vorgänge auf tiefste. Sie spricht dem Tarifamt auch ferner ihr volles Vertrauen aus. Die vom Verbandsvorstand in dieser Angelegenheit unternommenen Schritte sowie die Haltung des „Korr.“ werden als durchaus korrekt anerkannt. Die Versammlung verurteilt aber aufs entschiedenste, daß sich auch hier wieder Außenstehende, insonderheit Berliner „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“, in die Angelegenheiten der Buchdrucker mischen, zumal letztere bis jetzt stets in der Lage waren, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.“

Rundschau.

Ferien! In Duisburg-Ruhrort gewährte die Buchdruckerei von C. H. Jacke ihrem Personale bei halb- bis einjähriger Karenz drei und bei mehr als einjähriger Geschäftszugehörigkeit vier freie Tage. — Die Örtlicher Arbeiterdruckerei bewilligte ihrem Gesamtpersonale nach einjähriger Karenz sechs Tageferien. — Drei freie Tage ohne besondere Karenz gewährte die Buchdruckerei von Rothardt in Seidenberg (Oberlausitz). — In Stendal gewährte die Buchdruckerei von Weinbauer (Altmarkter) erstmals sämtlichen Gehilfen einen dreitägigen Urlaub ohne jede Karenz. — In Düsseldorf hat die Buchdruckerei C. W. Wanderg ihrem Personale gleichfalls einen Erholungsurlaub gewährt.

Lehren des Berliner Zeitungstreits für das Inseratenwesen glaubt der „Zeitungsvorlag“ folgendermaßen feststellen zu müssen. Eine Rundfrage in großen Berliner Geschäften, namentlich in den Warenhäusern, habe ergeben, daß durch den Wegfall der großen Anzeigen in den Tageszeitungen eine wesentliche Verjuchungs- und Umsatzverringering in den Geschäften hervorgerufen worden sei. Einzelne Geschäftsführer gaben rüchhaltslos zu, daß sie durch den Fortfall der Insertion einen empfindlichen Einnahmeausfall gehabt haben. Eine der größten Berliner Firmen habe die schädigende Wirkung des Streits für die Inseraten sofort erkannt und ohne Zaudern ihre Vorichtsmaßregeln getroffen. Sie ließ sofort von ihren im Sah bereits stehenden Anzeigen 600000 Prospekte drucken und diese durch 400 Umschläger in Groß-Berlin verteilen. Diese Firma, ein Warenhaus, will durch diese Maßnahmen nicht nur einen Verlust vorbeugen, sondern noch erhebliche Vorteile durch sie erzielt haben. Dem gegenüber weist dann der „Zeitungsvorlag“ nach, daß die Kosten dieser 600000 Prospekte um etwa 1200 Mk. höher zu stehen kamen als die üblichen Inserate der betreffenden Firma an dem fraglichen Tage. Dieser Kostenpunkt hätte nach richtiger kaufmännischer Einschätzung einen um etwa 12000 Mk. höheren Tagesumsatz mit sich bringen sollen. Das wird jedoch im vorliegenden Falle nicht als gegeben betrachtet und die Schlussfolgerung gezogen, daß der Inseratenweg doch besser sei als der Einzelverteilung von Prospekten. Es lasse sich gar nicht leugnen, daß selbst bei stärkerer Konkurrenz die Anzeigen in den gelesenen Tageszeitungen eine ganz wesentliche Belebung des Marktes durch Steigerung der Kaufkraft herbeiführen. Die Hausfrau, überhaupt der Großhändler, sei heute gar nicht mehr daran gewöhnt, Straße auf, Straße ab zu laufen, um in den Geschäftsauslagen nach ihren Wünschen entsprechenden Dingen zu suchen. Es sei ihnen vielmehr zur Gewohnheit geworden, morgens am Kaffeetisch bereits die Anzeigen in der Zeitung zu studieren, um günstige Einkaufsgelegenheiten festzustellen. Sache der Verleger und ihrer Angestellten sei es nun, aus der Tatsache, daß durch diesen bestimmten Fall anläßlich des Zeitungstreits nicht nur die Möglichkeit, sondern vielmehr die unbedingte Notwendigkeit des Inseratenwesens für den täglichen Warenverkehr glatt bewiesen worden sei, die rechte Nutzenanwendung zu ziehen und allgemeine Einwände gegen die Zweckmäßigkeit von Anzeigen durch den Hinweis auf diese Tatsache zu widerlegen.

Tarifbewegung der Buchdruckereibuchbinder in Berlin. Eine stark besuchte Versammlung der in den Berliner Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen beschloß, am 18. Juli in den Zustand zu treten, falls bis dahin nicht die Buchdruckerbesitzer den mit dem Verbands der Buchbindereibesitzer abgeschlossenen neuen Tarifvertrag anerkennen. Der Referent der Versammlung führte aus: Der vor kurzem mit dem Verbands der Buchbindereibesitzer abgeschlossene Tarifvertrag sei bisher in Berlin erst von 30 Firmen, darunter 16 Buchbindereien, anerkannt worden. Der Deutsche Buchdruckerverein, die Organisation der Buchdruckerbesitzer, habe sich bisher nicht zur Anerkennung des Tarifvertrags bereit erklärt, sondern mitgeteilt, daß er vorläufig eine abwartende Haltung einnehme, bis eine Versammlung am 17. Juli sich über Annahme oder Ablehnung des Vertrags entschieden habe. Von verschiedenen einzelnen Buchdruckerbesitzern sei der Abschluß von Einzelverträgen versucht worden, die aber

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 18. Juli 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 80.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

ungünstigere Bedingungen enthielten. Die organisierten Berliner Buchbinder mühten aber darauf bestehen, daß der mit den Buchbindereien abgeschlossene Tarif auch in den Buchdruckereien anerkannt werde. Sie würden, wenn die Buchdruckereibesitzer am 17. Juli nicht den Vertrag annehmen, am 18. Juli den Eintritt in den Streit beschließen. Es wurde folgende Resolution eingebracht: „Die heute, am 13. Juli, in den Arminshallen tagende Versammlung der in den Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der Weigerung einer großen Reihe von Buchdruckereiprincipalen, die mit dem Verband der Buchbindereibesitzer abgeschlossenen Vereinbarungen anzuerkennen. Die Versammelten erklären auf das bestimmteste, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dafür zu sorgen, daß der neue Tarif in allen seinen Einzelheiten auch in den Buchdruckereien Eingang findet, ohne daß bestehende bessere Verhältnisse dabei ausgeschaltet werden. Sollten wider Erwarten die Arbeitgeber sich weigern, dem nachzukommen, so erklären sich die Versammelten bereit, durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung das ihnen Zustehende zu erzwingen.“ In der Diskussion wurde angeregt, mit den Buchdruckereiprincipalen einen besonderen Vertrag zu vereinbaren. Der Organisationsvertreter erklärte aber, davon könne keine Rede sein. Zwei Verträge dürften nicht nebeneinander bestehen. Die Versammlung nahm schließlich die vorgeschlagene Resolution an.

„Reichsgottesarbeit“. Im „Evangelischen Gemeindeblatt für Stuttgart“ stand kürzlich ein Inserat, wonach: „Entchieden gläubige Rotenfelder, Metzler, Tischler, Monoline-Maschinenfabrikanten und Maschinenmeister, die Lust und Liebe zur Reichsgottesarbeit haben“, gesucht werden. Das ist doch mal etwas anders und es versteht sich auch am Rande, daß der Inhaber dieses buchdruckerischen Reichsgottesarbeitsfeldes von Tarifreue weiter entfernt ist als die gesuchten entschieden gläubigen Gehilfen, die, wenn man z. B. dem entschieden gläubigen Bändlerorgan glauben könnte, auch ehrsüchtige tarifreue Arbeit als Reichsgottesarbeit einschlagen. Irrensdum ist also hier ein Defekt vorhanden: entweder im Arser der gehilfenjünglichen Firma, dessen Keere von selbst den Weg weist, den Grundzug „Geben ist seliger denn nehmen“ mehr passiv als aktiv zur Anwendung zu bringen, oder aber im guten Glauben an einen alles entscheidenden Unterschied zwischen Reichsgottesarbeit und der Anerkennung des deutschen Buchdruckerart. Hat denn der Bund, dessen Leitung alle Tage ihr christliches Glaubensbekenntnis in alle Lande hinausposaunt, nicht so viele „entschieden Gläubige“ in seinen Reihen, um dem Gehilfenmangel der in „Reichsgottesarbeit“ stark beschäftigten Firma abzuhelfen? Oder sollte ihm das Bestreben, „tarifreue“ zu sein, wirklich höher stehen, als die in Not befindliche Reichsgottesarbeit, mit der das Stuttgarter „Evangelische Gemeindeblatt“ nach unserm Begriffe einen ganz und gar unchristlichen Unisug treibt? Ein seltsamer Zwiepsalt zwischen Tarifreue und Reichsgottesarbeit!

Vorsicht beim Abbrennen von Feuerwerk! Wie wir der „Unterweiser-Zeitung“ entnehmen, ereignete sich beim diesjährigen Johannisfest der Buchdrucker in Sandbühler-Mündeln ein bedauerlicher Unglücksfall. Bei einem am Abend abgebrannten Feuerwerk slog ein Kanonenschlag dem siebenjährigen Söhnchen eines Öttinger Maschinenfabrikanten ins Gesicht und verletzte ihm beide Augen. Ein Auge ist vollständig verloren, das andre schwer verletzt. Hoffentlich gelingt es, dem Knaben wenigstens ein Auge zu erhalten, wie auch dieser bedauerliche Unfall zur größten Vorsicht bei allen dertartigen Veranstaltungen aufs neue Veranlassung geben muß.

Das finanzielle Ergebnis der Reichsdruckerei blieb für das Rechnungsjahr 1910 um 1487000 Mt. hinter dem Voranschlage zurück.

Eine Bevorzugung tarifreuer Firmen bei Heereslieferungen hat der Ausschuß des Arbeitsbeirats in Österreich trotz heftigen Widerpruchs der Unternehmervertreter zum Beschluß erhoben.

Eine weitere Entschädigung im Essener Meinelidsprozessverfahren wurde durch den preussischen Justizminister zugesprochen, und zwar der Witwe des Fuhrmanns Robert Imberg, der drei Jahre Zuchthaus unschuldig verbüßen mußte. Sie erhält 2400 Mt.

Ein tarifkrüchtiger Unternehmerverband. Das Gewerbegericht in München kam vor einigen Tagen in seiner Eigenschaft als Einigungsamt für das Baugewerbe zu der Entscheidung, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Münchens durch die Herausgabe schwarzer Listen sich einen Verstoß gegen die Bestimmungen des Tarifs habe zuschulden kommen lassen. Auch hier zeigte es sich, daß es die Scharfmacher sind, die keinen Frieden im Gewerbe wollen.

„Eine Großtat“. Wie „sagenreich“ Kartelle und Syndikate für die Unternehmer wirken und wie schädlich

sie das Wirtschaftsleben beeinflussen, geht aus dem Berichte des Leiters einer der hervorragendsten ober-schlesischen Montanunternehmungen, des Bergrats Williger, an die Generalversammlung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins hervor. Er bezeichnete die Gründung der Oberschlesischen Kohlenkonvention als eine Großtat, indem durch sie der Erlös für eine Tonne Kohlen von 3,73 Mt. im Jahre 1889 auf 8,99 Mt. in der Gegenwart hinaufgesetzt werden konnte. Um über 140 Proz. hat also das Kartell den Erlös für die Unternehmer gesteigert, während sich die Löhne der Bergarbeiter noch nicht einmal um den zehnten Teil dieses Prozentsatzes erhöht haben. Und so etwas nennen dann diese Herren eine Großtat!

Eine außerordentliche Stärkung ihres Kriegsfonds haben die deutschen Arbeitgeberverbände auf einer Mitte Juni abgehaltenen Konferenz, bei der 51 Vertreter der verschiedenen Arbeitgeberverbände anwesend waren, zum Beschluß erhoben. Es wurden die Beiträge zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen ganz beträchtlich erhöht und gleichzeitig die Entschädigungssätze neu geregelt. Das finanzielle Bild, das bei dieser Gelegenheit entrollt wurde, war für die weniger bemittelten Unternehmer nicht gerade günstig, denn sehr oft mußte ihnen bisher die Entschädigung mangels genügender Mittel verjagt werden. Dem soll nun abgeholfen werden durch eine größere Belastung aller Mitglieder der Streikversicherungsgesellschaften.

Der zwölfte Kongreß der englischen Gewerkschaften wurde am 6. und 7. Juli in Dundee (Schottland) abgehalten. Es waren auf ihm 135 Verbände mit 71194 Mitgliedern vertreten. Die deutsche General-Kommission hatte auf Einladung drei Vertreter (Käbe, Sassenbach und Umbreit) entsandt. Der Kongreß wurde von Lord Provost of Dundee (Oberbürgermeister) feierlich begrüßt. In einer englischen Ansprache überbrachte Sassenbach die Grüße der deutschen Gewerkschaften. Er hob den großen Einfluß des englischen Gewerkschaftswesens auf die deutschen Gewerkschaften hervor und gab eine Darstellung der letzteren, ihrer Zentralisation, ihrer Stärke, ihrer Presse und ihres Verhältnisses zur politischen Arbeiterbewegung. Besonders eingehend schilderte er die Konzentration zu „hohen-leistungsfähigen“ Industrieverbänden. Er erklärte, daß für jeder Beruf nur ein Verband bestehe, daß die deutschen Gewerkschaften von Anbeginn sowohl die ungelerten als auch die weiblichen Arbeiter aufgenommen haben, und daß alle modernen Gewerkschaften der General-Kommission angeschlossen sind. Der Einfluß der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse auf die Erziehung und Aktivität der Mitglieder sei ein bedeutender. Vieles sei in Deutschland erreicht, wovon heute die englischen Gewerkschaften lernen könnten. Endlich erklärte er, daß die deutsche Arbeiterklasse von den Brüderlichkeiten und friedlichsten Gefühlen für die englische Rudernation befeelt sei und die Bestrebungen der herrschenden Klasse, die Völker zu entzweien und zum Kriege zu drängen, entschieden verurteile. Diese Ausführungen Sassenbachs wurden mit braudendem Beifall aufgenommen. Ein Antrag, die Rede Sassenbachs durch Sonderdruck zu verbreiten, wurde stürmisch applaudiert und einstimmig beschloffen. Die französische Confédération General du Travail ist durch Jouhaux vertreten, der ebenfalls eine Ansprache hielt. Die Verhandlung des ersten Tags erstreckte sich auf den Geschäfts- und Kasfenbericht des leitenden Komitees und den Bericht der Revisoren. Eine Resolution von Tillet, die den streikenden Transportarbeitern die Sympathien des Kongresses ausdrückt, wurde einstimmig angenommen. Mehrere Urträge auf Erhöhung der Beiträge an die Föderation wurden dem leitenden Komitee überwiesen, ebenso ein Antrag, den durch Streiks in Mitteleuropa gezeugten ungelerten Arbeitern Unterstützung zu sichern. Einen breiten Raum nahm die Debatte über einen Antrag der Föderation der Schmiede und Nietler ein, die durch die Aussperrung der Messerschmiede außer Arbeit gekommen und ohne Unterstützung der General-Föderation geblieben waren. Ihr Antrag um nachträgliche Unterstützung wurde mit 47 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Dann beschäftigten den Kongreß einige Grenzstreitigkeiten zwischen Messerschmiedern und Schiffbauern.

Es lag eine Beschwärde der Messerschmiede vor gegen die Schiffsbauer wegen unbedeutiger Ausführung von Arbeiten, die eigentlich den ersteren zuständen. Nach heftiger Debatte wurde die Beschwärde zurückgezogen. Eine Resolution von Tillet beauftragt das leitende Komitee, internationale Verbindungen anzuknüpfen zwecks Austausch von Informationen. Ein weiterer Antrag will, daß das Komitee die Gewerkschaftsvorstände anhält, sich an der Agitation und Organisation unter unorganisierten Arbeitern zu beteiligen. Beide Urträge wurden angenommen. Ein Antrag auf Einsetzung von Distriktskomitees wurde dem leitenden Komitee überwiesen. Ein etwas altertümliches Verfahren der Vermögensanlage ist durch Kongreßbeschluß beseitigt worden. Das Vermögen der General-Föderation liegt in einem Geldschrank in London, dessen drei Schlüssel in Händen

von drei Personen in verschiedenen Teilen des Landes sind. Diese drei Personen müssen erst zusammenkommen, um Geld für Organisationszwecke entnehmen zu können. Das Geld soll dannmäßig belegt werden. Die Verhandlungen zeichneten sich durch Kürze und Sachlichkeit aus. Die Begrüßungsrede des Lordmajors betonte, daß in Dundee in allen Fragen die Trade Unions und ihre Bedingungen anerkannt würden.

Briefkasten.

L. in S.: Vielen Dank, Sie haben uns damit außerordentliche Dienste erwiesen. Öffentlich können wir natürlich jetzt keinen Gebrauch davon machen. Aber man weiß ja nicht, was noch wird. — H. M. in Dessau: Ihre Karte traf leider zu spät ein. Mit derartigen Sachen sollte man eben erst an die Öffentlichkeit treten, wenn kein anderer Weg mehr übrig bleibt. — R. G. in Oester: Ohne Kenntnis der näheren Umstände können wir zu dieser Kratzforderung keine Stellung nehmen; denn eine solche Vergütung ist doch nur in ganz besonderen Fällen notwendig. Der gleiche Betrag wird für die Ausfüllung solcher Privaturlaube, als welche die betreffenden Formulare von den Ärzten eingeschickt werden, auch an andere Orten erhoben. Dies geschieht auf Grund eines neueren Tarifs der Ärzte. — H. F. in M.: Dankend erhalten. — E. U. in R.: Desgleichen. Mit Verwendungs wohl zufrieden? — Nach Essen: Vielen Dank! — R. G. in R.: Von Ihren Einwendungen gelangt einiges zum Abdruck. Die letzte jedoch nicht, weil sie weder gehalten noch gestochen ist. Bei solchen Angelegenheiten gibt es aber nur ein Entweder — Oder. — P., R., H., S. in Berlin: Sie meinen, eine Urabstimmung in Berlin würde die Rabalaten an die Wand drücken? Wir verpflichten Ihnen da nicht nur bei, weil Sie das vom Orte aus besser beurteilen können, sondern unsre Ansicht ist auch so. Es freut uns aber, einen neuen Beweis von Berlin erhalten zu haben, daß der größere Teil diese rabalate und verbandtschädigende Mache entschieden verurteilt. — H. M. in Kempten: 7,85 Mt. — Glück auf: 10,25 Mt. B. Sch. in Erfurt: 3,05 Mt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 1119L.

Nordwestgau. (Gauvorstandswahl.) Erster Vorsteher: J. Oßika 750 Stimmen, zweiter Vorsteher: H. Nuyhorn 797 Stimmen; Schriftführer: H. Vertram 670 Stimmen, P. Voigt 144 Stimmen. Die gesperrt gedruckten Namen sind die der Gewählten.

Bohmen. Die verehrl. Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem gegenwärtigen Mitgliede Brako Bittermann aus Zagreb die deutsche Hauptbuchnummer 42923 ins Verbandsbuch einzutragen zu wollen. — Der Seher Heinrich Vongers aus Vorbeck (Hauptbuchnummer 67422) wird hiermit zum zweitenmal aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. Die verehrl. Verbandsfunktionäre werden um Angabe der Adresse desjenigen an Joh. Prucha, Albertstraße 2, gebeten.

Adressenveränderungen.

Delitzsch. Kassierer: Fritz Schäfer, Halle'sche Str. 57

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate Mai 1911. a) Auf der Reize: Übernommen vom vorhergehenden Monate 166 Mitglieder, aus Kondition kamen 392, aus gegenseitigen Vereinen 108 (48 Verbands- und 60 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Dänemark 5 Verb.- und 10 gegens. Mitgl., aus Frankreich 2 Verb.- und 3 gegens. Mitgl., aus Holland 1 Verb.-Mitgl., aus Luxemburg 1 gegens. Mitgl., aus Österreich 26 Verb.- und 40 gegens. Mitgl., aus Rußland 2 gegens. Mitgl., aus der Schweiz 14 Verb.- und 2 gegens. Mitgl.), aus konditionslosen Aufenthalt kamen 104, krank waren 8, zusammen 778 Mitglieder (850 Verb.- und 128 gegens. Mitglieder, hierunter 15 Dänen, 3 Finnländer, 2 Kroaten, 1 Luxemburger, 1 Norweger, 60 Österreicher, 2 Nigaeer, 9 Schweden, 16 Schweizer, und 10 Ungarn). Von diesen auf der Reize befindlichen 778 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 1 bis 5 Weitz., 42 6—12 Weitz., 180 13—49 Weitz., 127 50—74 Weitz., 90 75—99 Weitz., 97 100—149 Weitz., 205 150—499 Weitz., 27 500—749 Weitz. und 9 Mitglieder 750 und mehr Beiträge. Es traten wieder in Kondition 84 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 169 (134 Verb.- und 35 gegenseitige Mitglieder, und zwar nach Belgien 1 Verb.-Mitgl., nach Dänemark 16 Verb.- und 4 gegens. Mitgl., nach Holland 4 Verb.- und 1 gegens. Mitgl., nach Luxemburg 1 gegens. Mitgl., nach Österreich 93 Verb.- und 25 gegens. Mitgl.,

nach der Schweiz 20 Verb. und 4 gegenf. Mitgl.), bei Schluß des Berichtes verblieben konditionslos am Orte 49, krank wurden 5, ausgefeuert 4, der Nachweis fehlte bei 15, auf der Reise verblieben 452, **zusammen 778 Mitglieder**, und zwar 575 Seher, 192 Drucker, 6 Gieser, 2 Stereotypenre, 2 Galvanoplastiker und 1 Korrektor. Außerdem waren nach den Angaben der Reiseassistenten 21 Nichtbezugsberechtigte (darunter 7 W.) und 15 Ausgefueuerte (darunter 3 W.) auf der Reise. — Es wurden vorausgabt: An 406 Mitglieder für 5919 Reisetage (grüne Seg.) à 1 Mk. = 5919 Mk., an 372 Mitglieder für 5598 Reisetage (weiße Seg.) à 1,50 Mk. = 8397 Mk., an Porto 15,10 Mk., an Remuneration 243 Mk., in Summa 14574,10 Mk., hiervon 12557,60 Mk. an Verbands- und 2016,50 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 208,50 Mk. an Dänen, 37,50 Mk. an Finnländer, 229 Mk. an Kroaten, 12 Mk. an Ungarn, 6 Mk. an Norweger, 814,50 an Österreicher, 32 Mk. an Rigaer, 204,50 Mk. an Schweden, 217 Mk. an Schweizer und 255,50 Mk. an Ungarn. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1911 an 778 Mitgl. 11 517 Tage = 14574,10 Mk.
1910 " 853 " 12 766 " = 16040,90 "

weniger 1911 an 75 Mitgl. 1249 Tage = 1466,80 Mk.

b) Am Ort: übernommen vom vorhergehenden Monate 734 Mitglieder, neu hinzugekommen 1777, zusammen 2511 Mitglieder; hiervon waren berechtigt 635 Mitglieder bis zu 70 Tagen, 1560 Mitglieder bis zu 140 Tagen, 196 Mitglieder bis zu 210 Tagen und 120 Mitglieder bis zu 280 Tagen. — Es traten wieder in Kondition 1114 Mitglieder, gingen auf die Reise 112, wurden krank 12, ausgefeuert 27 (wovon 16 mit 70 Tagen, 9 mit 140 Tagen und 2 mit 280 Unterstützungsstagen), Unterstützung entzogen 1, zu einem andern Verufe ging 1, zu einer militärischen Übung 1, selbständig wurde 1, gestorben 1, im Bezuge der Unterstützung verblieben am Schluß des Monats 1241 Mitglieder, **zusammen 2511 Mitglieder**, und zwar 1933 Seher, 526 Drucker, 25 Gieser, 13 Stereotypenre, 12 Galvanoplastiker und 2 Korrektoren. — Diese 2511 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 223 (darunter München 132, Nürnberg 48), Berlin 646, Dresden 101 (darunter Stadt Dresden 94), Elßaß-Lothringen 41, Erz-

gebirge-Lothland 37 (darunter Chemnitz 14), Frankfurt-Heffen 79 (darunter Frankfurt a. M. 59), Hamburg-Altona 155, Hannover 74 (darunter Stadt Hannover 45), Leipzig 283, Mecklenburg-Sübed 15, Mittelrhein 78 (darunter Darmstadt 11, Mainz 22, Wiesbaden 10), Nordwest 41 (darunter Bremen 27), Oberhein 39 (darunter Freiburg i. Br. 22), Oder 50 (darunterStettin14),Osterrland-Lothringen89(darunter Erfurt 20, Altenburg 18), Ostpreußen 9, Posen 19, Rheinland-Westfalen 209 (darunter Düsseldorf 22, Essen a. E. 17, Köln 34), An der Saale 141 (darunter Halle a. S. 30, Magdeburg 55), Schleien 100 (darunter Breslau 55), Schleswig-Holstein 19, Westpreußen 21 (darunter Danzig 15), Württemberg 43 (darunter Stuttgart 33). — Es wurden vorausgabt: An 635 Mitglieder für 8622 Tage à 1,50 Mk. = 12 933 Mk. und an 1876 Mitglieder für 25782 Tage à 1,75 Mk. = 45 118,50 Mk., in Summa 58 051,50 Mk. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1911 an 2511 Mitgl. 34 404 Tage = 58 051,50 Mk.
1910 " 2434 " 36 852 " = 62 080,50 "

mehr 1911 an 77 Mitgl. — Tage = — Mk.
weniger 1911 " " 2448 " = 4029, — "

Die Ausgabe von 58 051,50 Mk. verteilt sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 5890 Mk., Berlin 13 766,75 Mk., Dresden 2194 Mk., Elßaß-Lothringen 897,25 Mk., Erzgebirge-Lothland 814 Mk., Frankfurt-Heffen 2006,75 Mk., Hamburg-Altona 3299 Mk., Hannover 1556,75 Mk., Leipzig 7929,25 Mk., Mecklenburg-Sübed 333,75 Mk., Mittelrhein 1925,75 Mk., Nordwest 736 Mk., Oberhein 951 Mk., Ober 904,75 Mk., Osterrland-Lothringen 2188 Mk., Ostpreußen 169,50 Mk., Posen 344,75 Mk., Rheinland-Westfalen 4837,75 Mk., An der Saale 3537 Mk., Schleien 2328,25 Mk., Schleswig-Holstein 269,75 Mk., Westpreußen 443,75 Mk. und Württemberg 727,75 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate Mai

1911 an 3289 Mitgl. 45 921 Tage = 72 625,60 Mk.
1910 " 3287 " 49 618 " = 78 121,40 "

mehr 1911 an 2 Mitgl. — Tage = — Mk.
weniger 1911 " " 3 697 " = 5495,80 "

ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (u. I.) sind daher 1481 Mitglieder (gegen 1600 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat Mai hindurch im Bezuge von Arbeitslosenunterstützung gewesen.

Hauptverwaltung. Wir bitten die Herren Funktionäre um Angabe der Adresse des Segers Oswald Winter (Hauptbuchnummer 60242), damit diesem eine Klageschrift, Kontraktbruch betreffend, zugestellt werden kann. Befindet sich Winter auf der Reise, so ist ihm die Reiselegitimation abzunehmen (gemäß § 11b der Wechselschlüsse Abschnitt a).

Verfammlungskalender.

Sonn. Maschinemeisterversammlung heute Dienstag, den 18. Juli, abends 9 Uhr, im „Volkshaus“ (Sandlauer).
Hirschberg i. Schl. Verfammlunng Sonnabend, den 22. Juli, abends 9 1/2 Uhr, im Café „Zum goldenen Schwert“, am Markt.
München. Verfammlunng Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, im „Matajer“.

Tarifauschuß der Deutschen Buchdrucker.

Kreis II (Rheinland, Westfalen und Birkensfeld).

Bekanntmachung
betreffend Beitragszahlung für die tariflichen Institutionen des Kreises II.

Zur Deckung der hilflosseitig für die tariflichen Institutionen des Kreises II für das Geschäftsjahr 1911 entstehenden Kosten werden die tarifstreuen Gehilfen des Kreises hiermit aufgefordert, einen Beitrag von je 25 Pf. bis spätestens zum 15. August an den Unterzeichneten abzuliefern. — Für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wird der Beitrag durch die Gaukasse entrichtet; alle übrigen tarifstreuen Gehilfen haben ihren Beitragdruckereitweise gesammelt und unter namentlicher Aufzählung der Beitragszahler an den Unterzeichneten abzuliefern. — Gehilfen, die diesen Beitrag nicht zahlen, sind von der Benutzung der tariflichen Institutionen ausgeschlossen.

Köln (Gereonshof 28), den 10. Juli 1911.
Emil Albrecht,
Gehilfenvertreter für den II. Tarifkreis.

Ortsverein „Gutenberg“ Gelsenkirchen
V. d. V. B.

Am Sonntag, dem 23. Juli d. J., begeht der Ortsverein sein

25jähriges Stiftungsfest

verbunden mit

Johannisfeier im Saale der „Stadthalle“, Essener Str.

Form. von 9 Uhr ab: Empfang der auswärtigen Kollegen am Hauptbahnhof. 11 1/2-1 Uhr: Frühkonzert und Begrüßung der Kollegen. Nachmittags 4 Uhr: Gartenkonzert. Von 7 Uhr ab: Saalfest, bestehend in Musik, Vorträgen des Männerquartetts „Gutenberg“, Festecke, Fackelpolonaße u. Ball.

Alle Kollegen von nah und fern sind hierzu freundlichst eingeladen. Co. Anfrage oder Angabe der Ankunft richtet man an Kollegen Otto Döbel, Liboriusstraße 39 p. [391]

Die Festkommission.

Eine große Frankfurter Schriftgießerei sucht energischen und tüchtigen

Schriftgießereifaktor

der mit dem modernen Maschinenwesen, insbesondere Komplettrießmaschinen, durchaus vertraut ist und langjährige Erfahrungen besitzt. Bei zufriedenstellenden Leistungen Lebensstellung bei hoher Bezahlung zugesichert. Ausführliche Angebote mit Angabe seitheriger Tätigkeit, Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und Photographie erbeten unter Chiffre 377 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Sehr günstiges Angebot! [376]
Wegen Krankheit des Besitzers ist eine flottgehende mittlere Buch- und Akzidenzdruckerei Leipzig bei geringer Anzahlung zu verkaufen. Off. u. B. D. II an den Invalidentenk, Leipzig.

Akzidenzseker

für einfache Arbeiten von größerer Druckerei gesucht. Werte Offerten unter A. W. 387 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Insertenmetteur.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen durchaus gewandten u. zuverlässigen Insertenmetteur, der nachweislich schon in großer Tageszeitung als solcher tätig war. [392]
Leipziger Buchdruckerei J.-G. Verlag der „Volkzeitung“.

H. MATHAEUS DESSAU
Flössergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Die stillen Sommermonate

bieten jedem Buchdrucker die beste Gelegenheit, sich mit dem äußerst praktischen

Neuen Ätzverfahren für Märsers Tomplatten

vortraut zu machen, um im Bedarfsfalle Klischees, Reklamazeilen, Inserate usw. positiv und negativ in kürzester Zeit unter Garantie tadelloser Gelingen selbst herstellen zu können.
Preis der kompletten Ätzeinrichtung 80 Mk. Porto und Verpackung besonders. Ausführlichen Prospekt versendet gratis [393]
Julius Mäser, Leipzig-R.

Am 12. Juli, abends, verstarb nach langem Siechtum unser lieber Kollege, der Setzer

Gustav Adolf Dreßler

(gebürtig aus Ebersbach, O.-L.), im Alter von 45 Jahren.
Sein Andenken werden stets in Ehren halten [1895]
Leipzig, den 12. Juli 1911.
Die Kollegen der Firma Thalacker & Schöffner.

Auf Teilzahlung Präzisions-Uhren u. Brillantschmuck

Brillantringe unter Angabe des Gewichts in Karat; bei Herrenuhren unter Angabe des Goldgewichts der Gehäuse. Streng reelle Bezugsquelle. Katalog m. 4000 Abbild. gratis u. franko
Jonass & Co., G. m. b. H.
BERLIN H. 407.
Belle-Alliancestrasse 3

Die best. Binokel, photographischen Apparate, Reisezeuge, auch Uhren u. Goldwaren liefern gegen kleine monatliche

Teilzahlungen
Jonass & Co., Berlin H. 407
Belle-Alliancestr. 3 — Geogr. 3889.
Jährl. Versand über 25000 Uhren
Eumortaus. Kunden. Viele tausend Anerkenn. Katal. mit über 4000 Abbild. gratis u. franko.

Wir machen die Brudervereine sowie die Kollegen der umliegenden Druckorte auf unsre vom 23. bis 30. Juli stattfindende

Drucksachenausstellung

größern Stills aufmerksam. Lokal: „Neuerbeschule“.

388] **Maschinenmeisterverein Erfurt.**

Am 20. Juli gelangt zur Ausgabe:

Führer durch die deutsche Reichsversicherungsordnung.

Bearbeitet vom Arbeitersekretär Kollegen Otto Wylan (Leipzig). — Preis 1 Mk.; für Gewerkschaftsmitglieder 80 Pf. [394]
Leipzig, R., Melanchthonstraße 6. Verlag v. Günther.

Über 200 wirkungsvolle Inseratenmuster enthält das Vorlagenwerk „Lokale Reklamemuster“. Das beste und umfangreichste Vorlagenwerk, 3,25 Mk. bei Voreinsend. F. W. Kramer, Essen-R. 5, Donau 29.

Nachruf!

Unerwartet rasch verschied nach nur zweitägiger Krankheit infolge Lungenlähmung unser allverehrter Chef

Herr Verlagbuchhändler Dr. Paul Huber

Mitnhaber der Jos. Köselchen Buchhandlung in Kempten und München und der B. Schmidtschen Buchhandlung in Augsburg, im schönsten Mannesalter von 37 Jahren. Der Verstorbene war ein wohlwollender, gerechtdenkender Prinzipal, so daß sein Tod auch für uns einen schweren Verlust bedeutet. Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.
Kempten, den 13. Juli 1911.
390] Die Verbandsmitglieder der Jos. Köselchen Offizin.